

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1947

97 (16.8.1947)

JUSTIZNAHRICHTEN

Dr. Schumacher fordert Aufhebung der Behinderung und Verfolgung der SPD der Ostzone, lehnt Blockpolitik ab

Auf dem CDU-Zonenparteikongress betonte Dr. Adenauer die Einheit Deutschlands im Rahmen eines föderativen Staates

Berlin, 15. Aug. (SPD). Dr. Schumacher führte aus: Die Zulassung der Sozialdemokratischen Partei in der sowjetischen Besatzungszone ist von der Sozialdemokratie seit den Tagen der Zwangsunionierung im April 1946 immer wieder bei jeder politischen Gelegenheit gefordert worden. Bis vor kurzem hat man diese Forderung ignoriert. Allmählich aber ändert sich die Taktik der anderen Seite. Die Kommunisten beginnen zu fragen, warum die Sozialdemokratie nicht in der sowjetischen Besatzungszone stellt. Neuerdings gibt auch die Sowjetische Militär-Administration in einer recht verpaten Verlautbarung zum Nürnberger Parteitag der SPD ihr Interesse an dieser Frage zu erkennen.

Wir können die Darstellung der Kommunisten wie der SMA nicht un widersprochen hinnehmen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist im Juni 1945 von der SMA zusammen mit den drei anderen Parteien gebildet worden. Diese Zusammenlegung durch die SMA bis heute nicht widerrufen worden.

Eine freiwillige Vereinigung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten hat im April 1947 nicht stattgefunden. Die Kommunisten haben den Akt, den sie Vereinigung nennen, mit Terror und Zwangsmaßnahmen und Ausnutzung ihrer Position bei der Besatzungsmacht durchgeführt.

Praktisch ist die Sozialdemokratische Partei verboten und die Träger ihrer Angelegenheiten werden verfolgt. Rechtlich ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vorhanden. Notwendig ist, den Zustand der tatsächlichen Behinderung und Verfolgung aufzuheben. Das kann nur die SMA mit einer politischen Haltung, die endlich die demokratische Zustände in der sowjetischen Besatzungszone schafft.

Die sozialdemokratischen Funktionäre müssen nicht nur die tatsächliche staatsbürgerliche Gleichberechtigung, sondern auch die gleichen Rechte in der Besatzungszone erhalten. Eine Demokratie kann nur existieren, wenn ihre Träger frei von Furcht sind, ein Zustand, von dem die Demokraten der sowjetischen Besatzungszone so weit entfernt sind wie unter dem Dritten Reich. Die Sowjetunion ist mit der Sozialdemokratie auch keine sogenannte Blockpolitik möglich. Das Ziel der Blockpolitik ist die Gleichschaltung zur Einheitsliste.

Der bisherige Zustand der Verschiedenheit von Rechten und Pflichten in den einzelnen Besatzungszone ist auf die Dauer unerträglich. Darum hat der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Nürnberg auch die Forderung nach der Schaffung eines Besatzungsstatus erhoben.

Die USA beantworten Titos Anschuldigungen

Washington, 15. August. (Dena-INS). Das amerikanische Außenministerium wies am 13. August die von Marshall Tito am 1. d. Mts. in einem Interview mit der jugoslawischen Nachrichten-Agentur erhobenen Beschuldigungen zurück, wonach die USA Jugoslawien nicht wesentlich unterstützt haben sollten. In der amerikanischen Antwort heißt es: „In Anbetracht der Schwere dieser Anschuldigungen und ihrer weiten Verbreitung hält es das Außenministerium für notwendig, darauf einzugehen.“

Die USA haben u. a. 72 Prozent der vierhundert Millionen Dollar-Hilfsleistungen der UNRRA aufgebracht, haben Jugoslawien am 24. Juli 1942 Leih- und Pachtlieferungen im Werte von 22 Millionen Dollar zukommen lassen und zu der Anschuldigung, daß die USA Jugoslawien kein Getreide lieferten, wird erneut erklärt, daß solche Getreidelieferungen nur an besonders bedürftige Länder vorgenommen werden.

Die Sozialisierungs-Experimente sollten nicht vor einer Besserung der allgemeinen Lage durchgeführt werden

Handelsverträge, Lebensmitteleinfuhr

Berlin, 15. Aug. (Dena). „Deutschland ist die industrielle Herz Europas und die einzige Stelle, von der die europäischen Wirtschaften diejenen ihrer Nahrung bekommen, die sie unbedingt brauchen“, erklärte am 13. August der stellvertretende Direktor der Wirtschaftsabteilung der amerikanischen Militärregierung für Deutschland, Dr. Don D. Humphrey, während der Unterzeichnung der Handelsabkommen zwischen Jugoslawien und den wirtschaftlich vereinigten Westzonen. Dem Beispiel Hollands seien nunmehr insgesamt zehn Länder gefolgt.

Wie Dena aus München meldet, ist die Schweiz bereit, gegen bayerisches Magerfleisch Fett im Verhältnis von vier Teilen Fleisch gegen drei Teile Fett zu liefern. Vorgesehen sind seitens der Schweiz Schweinefleisch, Rinderfett, Margarine und Hammelfett, während das verlangte Schlachtvieh aus älteren, ausgewählten Ochsen, alten Kühen und Bullen bestehen kann.

Bayern kann trotz seiner überaus hohen Lieferungsverpflichtungen gegenüber den anderen Ländern der Bizone sowie Berlin überabertes Magerfleisch an die Schweiz im Austausch gegen Fett abgeben, weil mit Fett eine günstigere Ernährung der schwer arbeitenden Bevölkerung erfolgen könnte als mit fettlosem Magerfleisch, heißt es in einer Stellungnahme bayerischer Ernährungs- und Landwirtschaftsbeamte zu dem schweizerischen Angebot.

Nach einer Dena-Meldung aus Berlin wurden insgesamt 497 022 Tonnen Lebensmittel im Werte von 53 200 000 Dollar im Juli aus überseeischen und europäischen Ländern in die britische und amerikanische Besatzungszone eingeführt, gab die amerikanische Militärregierung für Deutschland bekannt. Die europäischen Lieferungen betrugen dabei 2 400 Tonnen im Werte von 1,5 Millionen Dollar.

Lösung der Währungsreform nicht auf bizonaler Basis, sagte General Clay

Noch zu früh für amerikanische private Kredite in US-Zone

Frankfurt, 15. Aug. (Dena). Der amerikanische Militärregierungsleiter für Deutschland, General Lucius D. Clay, sagte am 14. auf einer Pressekonferenz, daß er von dem Ernst und der Energie beeindruckt sei, mit der der Zweitenwirtschaftsrat an der Lösung seiner Aufgabe herangehe. Dem Scheitern einer SPD-CDU-Koalition messe er keine besondere Bedeutung bei.

Zur Ernährungsfrage sagte General Clay, er habe in Folge der schlechten Weltmarktsituation keine große Hoffnung, daß mehr als die bereits früher von den USA zugesagten 300 000 t Getreide monatlich eingeführt werden können. Er werde wahrscheinlich die Londoner Ruhrkonferenz besuchen, so alle Fälle werde aber die amerikanische Militärregierung dort vertreten sein. Er halte es für möglich, daß eine besondere Anleihe für das Ruhrgebiet angewiesen werde.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten seien so groß, daß Experimente, wie sie etwa die Sozialisierung darstellen, nicht vor einer Besserung der allgemeinen Lage durchgeführt werden sollten. Es wäre ein Fehler, wenn sich die politischen Parteien jetzt mit politischen Ansätzen in den dringenden wirtschaftlichen Fragen beschäftigen würden. Namentlich diejenigen Industriezweige eines Landes, die für das gesamte deutsche Volk von Bedeutung sind, könnten nicht sozialisieren werden — selbst wenn dies in der Verfassung des betreffenden Landes vorgesehen sei — ohne ein Entschieden des gesamten Volkes vorliegt. Die endgültige Entscheidung über die Sozialisierung müsse dem freien Willen der Bevölkerung überlassen bleiben. In einer Zeit aber, in der die USA aus ihrer eigenen Tasche so alle Geld für die deutsche Wirtschaft ausgeben, müßten sie sich auch das Recht der Entscheidung in wirtschaftlichen Fragen vorbehalten.

Dem Problem der Grenzbeziehung zur Veränderung illegaler Grenzübergänge werde gegenwärtig besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Es müsse angestrebt werden, illegale Grenzengänge, die auf dem Weg über die britische Zone in das amerikanische Besetzte Gebiet einströmen, zu schließen, ohne dadurch den legitimen bizonalen Verkehr zu behindern. Illegale Grenzübertritte müsse man insbesondere im Hinblick auf die Tatsache verhindern, daß die amerikanische Militärregierung die tschechoslowakische Regierung darüber unterrichtet habe, daß eine weitere Aufnahme von ausgewiesenen Deutschen bis zur Besserung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland unmöglich sei.

In der deutschen Wirtschaft seien bisher etwa 25 000 verschleppte Personen beschäftigt, erwiderte der General auf eine entsprechende Frage. Er halte eine Aufnahme von weiteren Verschleppten — insbesondere jüdischen DP's — in größerem Umfang für unmöglich, würde man ein Wiedererleben des Antisemitismus zu befürchten.

General Clay kam dann auf den Presseausaustausch zwischen der amerikanischen und der sowjetischen Zone zu sprechen und teilte mit, daß sich die Lage der Presse in beiden Zonen durch den Einkauf von Holz in Schweden etwas bessern werde. Wenn die Lizenzierung wegen des Papiermangels Bedenken hinsichtlich des Presseausaustausches haben, erklärte der General, „so habe ich größeres Vertrauen in die Presse als die sowjetischen schenkt.“

Die Pläne der amerikanischen Militärregierung in der Frage einer Geldneueinrichtung in Deutschland seien seit Monaten die gleichen geblieben, ebenso die Ansicht, daß die Währungsfrage nicht auf bizonaler Grundlage gelöst werden könne. Auf die Frage, ob die amerikanische Militärregierung aus der Tatsache, daß in der letzten Kontrollratsitzung wiederum keine Einigung über die Währungsprobleme erzielt werden konnte, irgendwelche Konsequenzen ziehen werde, antwortete General Clay, dies stünde nicht in der Macht der amerikanischen Militärregierung.

General Clay demantierte die Behauptungen, daß amerikanische Firmen verweigert würden, in Deutschland Monopollizenzen zu verschaffen. Auf die Frage, wie er die Aussichten der amerikanischen Zone beurteile, private Kredite von amerikanischen Seite zu erhalten, erklärte er, daß dies seiner Ansicht nach verfrüht sei.

Neue rumänische Währung

Bukarest, 15. Aug. (AP). Die rumänische Regierung erließ am 14. August einen Erlass über eine drastische Abwertung der Währung, und zwar ordnete sie an, daß 20 000 Lei der alten Währung gegen einen Lei der neuen Währung ausgetauscht werden sollen.

Die Regierung entschlöß sich zu dieser radikalen Abwertung, um den unerfüllten Preistreiber ein Ende zu machen. Seit dem 1. Juli war z. B. der Preis für ein Paar Schuhe von sechs auf dreißig Millionen Lei gestiegen.

Der Aufstand auf Madagaskar

Tananariva, 15. Aug. (Dena). Die französischen Truppen auf Madagaskar führten laut AFP in der Woche vom 1. bis 8. August eine umfassende Aktion zur Besetzung der drei bedeutendsten Aufstandszentren durch. Port Carnot im Süden, Bopary und Anosibe im Gebiet von Mangoro konnten trotz großer Gelände- und klimatischer Schwierigkeiten genommen werden. Überall unterwarfen sich nach diesen Erfolgen die Eingeborenen den Franzosen, insgesamt sind es mehr als 12 000 Personen.

Die Konferenzen über den Wiederaufbau Europas und der Ruhr schreiten voran

Frankreich einer Erhöhung deutschen Industrieniveaus zugeneigt

Paris, 15. Aug. (Dena-INS). Die Konferenz für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas hat jetzt mit der Koordinierung der wichtigsten Punkte der Antworten von 16 Ländern begonnen.

Ein leitender Delegierter bei der Konferenz erklärte, daß die am Marshall-Plan beteiligten 16 europäischen Länder innerhalb der nächsten vier Jahre mindestens 30 Millionen t Weizen aus den USA und anderen Ländern importieren müßten. Dies sei einer der Hauptpunkte, die bei der Prüfung der europäischen Bedürfnisse durch die Konferenz zutage getreten seien.

Die Möglichkeit einer Zollunion der 16 Teilnehmerstaaten der Pariser Wirtschaftskonferenz wird zur Zeit von dem am fünf Delegierten bestehenden geschäftsführenden Ausschuss in Paris überprüft, so erklärte laut AP Herve Alphand, der Sprecher der europäischen Wirtschaftsorganisation.

Wie Dena-Reuter aus Washington meldet, haben Delegierte der anglo-amerikanischen Ruhrkohlenkonferenz am 14. August bekannt gegeben, daß die Besprechungen auf internationaler Ebene fortgesetzt werden. Die Konferenz werde sich mit dem Problem der Erhöhung der Ruhrkohlenproduktion zum Gegenstand haben.

Die britische Delegation legte eine Statistik vor, aus der hervorgeht, daß die Ruhrkohlenproduktion von täglich 227 000 t am 4. August auf 235 000 t am 8. August angestiegen ist.

Nach Dena-Oans werden informelle Besprechungen über das deutsche Industrie-Potential sowie die Verwaltung und Kontrolle des Ruhrbergbaus in wenigen Tagen in London zwischen amerikanischen, britischen und französischen Vertretern beginnen.

Aus Paris meldet dazu Dena-Reuter, Frankreich habe nichts gegen eine Erhöhung des deutschen Industrieniveaus, wenn diese nicht die französische Produktionskapazität beeinträchtigt. Frankreich stehe weiter zu seiner Politik der Internationalisierung der Ruhr.

Die französische Haltung sei dieselbe, wie sie von Außenminister George Bidault bei der Außenministerkonferenz in Moskau definiert wurde, als er erklärte, Frankreich stehe einer Erhöhung der deutschen Industrie-Produktion gleich abnehmend gegenüber, wenn die Industrieerzeugung der deutschen Wirtschaft die benötigte Kohle zur Verfügung stehe und nicht für eine Wiederaufrüstung Deutschlands verwendet werde.

Appell an die Aerzte der Welt

Göttingen, 15. Aug. (Derp.). Am zweiten Tag des hier vom 12. bis 15. August stattfindenden Interzonen-Kongresses der Hygieniker, Bakteriologen und Mikrobiologen wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die sich an die Aerzte der Welt wendet und um Hilfe für die deutsche Bevölkerung bittet.

„Die Folgen einer mangelhaften Ernährung sind in der deutschen Bevölkerung in einer erschreckenden Zunahme von Krankheiten, insbesondere der Tuberkulose, bemerkbar. Wir halten es für unsere ärztliche Pflicht, alle verantwortlichen Stellen mit allen Nachdruck auf diese Gefahren hinzuweisen und um Hilfe zu bitten.“

„Werdet Rebellen des Friedens!“

Berlin, 15. Aug. (AP). Der Leiter der humanistischen Gruppe des demokratischen Jugendverbandes, Paarmann, forderte auf einem Diskussionsabend in Berlin-Schöneberg die Jugend auf: „Macht die permanente Kriegsdienstverweigerung zu eurem Gesetz, werdet Rebellen des Friedens!“

Paarmann meinte, wenn die Jugend in der ganzen Welt den Kriegsdienst verweigere, dann würde es keine Soldaten mehr geben und darum auch keinen Krieg.

Aegypten fordert Abzug der englischen Truppen bis zum 1. September 1947

New York, 15. Aug. (Dena-Reuter). Der Rückzug der britischen Truppen aus Ägypten bis zum 1. September wurde am 13. d. Mts. von dem ägyptischen Premier-Minister Nokrasy Pascha vor dem Welticherheitsrat gefordert.

„Die Besetzung Ägyptens durch Großbritannien habe die ägyptische Regierung darin gehindert, den Willen der ägyptischen Bevölkerung in angemessener Weise zu dienen und sei eine Behinderung der souveränen Gleichberechtigung, die Ägypten unter der UN-Charta garantiert werde.“

Die Ablehnung der ägyptischen Forderung forderte der britische Delegierte Sir Alexander Cadogan. Er betonte jedoch, daß Großbritannien nach wie vor bereit sei, mit Ägypten zu verhandeln, um zu einem Übereinkommen zu gelangen. Es liege kein Streitfall vor, der Friede und Sicherheit gefährde, wenn nicht Ägypten absichtlich lieber einen solchen schaffe, als seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen.

Indien erhält Selbstverwaltungs-Recht

London, 15. Aug. (Dena-INS). Die einhundertachtzigjährige Herrschaft Großbritanniens über Indien und der über dreihundert Jahre andauernde Einfluß über dieses Land fanden am 15. August ihr Ende. Vierhundert Millionen Inder werden von diesem Tag an ein neues Leben in der Freiheit erleben, wenn die großen Kontinente Indien, wenn der Union Jack, die Flagge des britischen Weltreichs, an den Fahnenmasten der ehemaligen britischen Kolonie gesenkt wird. Das Übereinkommen über die Teilung Indiens in zwei Staaten mit eigener Selbstverwaltung — Indien und Pakistan — hat das Land vor größerem Blutvergießen bewahrt.

Zum Generalgouverneur Indiens wurde Viscount Louis Mountbatten, der bisherige Vizekönig, ernannt. Während Pandit Nehru den Posten des Premierministers übernimmt, in Pakistan übernimmt Mohammed Ali Jinnah, der Leiter der Moslem-Liga, den Posten des Generalgouverneurs. Jinnah wird außerdem zeitweilig oberbürgermeister der beiden Städte, die die Verwaltung und Kontrolle des Landes besitzen. Die beiden Generalgouverneure werden bis zum 31. März des nächsten Jahres im Amt bleiben, dem Zeitpunkt an dem die verfassungsgestellten Verfassungen in Kraft treten werden sollen.

Laut Dena-Reuter übersandte König Georg VI. am Donnerstag, dem Vortag der Übergabe der Regierungsgewalt in Indien, dem Vizekönig Lord Mountbatten eine Botschaft, die Viscount Louis Mountbatten am letzten Tag in seiner Eigenschaft als Vizekönig der verfassunggebenden Versammlung Pakistan verlas.

„In seiner Botschaft spricht der König dem neuen Dominion seine besten Wünsche und Größe aus und weist darauf hin, daß die durch ein Übereinkommen erreichte Unabhängigkeit ein Beispiel für alle freilebenden Völker der Welt biete. Viscount Mountbatten erklärte, am Freitag würden zwei neue souveräne Staaten ihren Platz im Commonwealth einnehmen — keine jungen Nationen, sondern die Erben einer alten und stolzen Zivilisation. Er entbot der Vergewaltigung im Namen der britischen Regierung seine Abschiedsgrüße und sagte: „Dies ist mein Abschied von Freunden, die gelernt haben, einander selbst bei Meinungsverschiedenheiten zu achten und zu ehren.“

Die AP meldet aus New Delhi, daß die beiden Vizekönige, Lord Mountbatten als Generalgouverneur für Indien und Jawaharlal Nehru mit seinen Kabinettsmitgliedern, am Freitag in Karatschi den Eid auf die Verfassung von Pakistan und schwer König Georg VI. von England und seinen Nachfolgern die Treue

Die Zahl der von den Nazis ermordeten Juden

Prag, 15. Aug. (Dena). Eine Statistik, die die Zahl der von den Nazis ermordeten Juden der einzelnen europäischen Länder zeigt, wurde laut Ceteka auf dem europäischen Zionistenkongress in Karlovy Vary veröffentlicht.

Die Zahlen sind für die einzelnen Länder: Polen 2 800 000, Sowjetunion 1 700 000, Rumänien 425 000, Tschechoslowakei 200 000, Ungarn 200 000, Deutschland 170 000, Griechenland, Norwegen und Jugoslawien 120 000, Frankreich 90 000, Holland 80 000, Belgien 60 000, Österreich 40 000 und Italien 15 000.

Wie Dena-OANS aus Washington meldet, wird das durch die Nazis zerstörte Eigentum der jüdischen Gemeinden in Deutschland auf rund 238 Millionen 700 000 Mark geschätzt. 1 054 Berichte aus 15 000 deutschen Städten, geheime Gestapodokumente und Beweismaterial der Nürnberger Prozesse liegen dem Bericht zugrunde, den die amerikanische Vereinigung zentral-europäischer Juden veröffentlicht. Privater Besitz wurde bei dieser Untersuchung nicht berücksichtigt.

Die Zahl der von den Nazis ermordeten Juden

Prag, 15. Aug. (Dena). Eine Statistik, die die Zahl der von den Nazis ermordeten Juden der einzelnen europäischen Länder zeigt, wurde laut Ceteka auf dem europäischen Zionistenkongress in Karlovy Vary veröffentlicht.

Die Zahlen sind für die einzelnen Länder: Polen 2 800 000, Sowjetunion 1 700 000, Rumänien 425 000, Tschechoslowakei 200 000, Ungarn 200 000, Deutschland 170 000, Griechenland, Norwegen und Jugoslawien 120 000, Frankreich 90 000, Holland 80 000, Belgien 60 000, Österreich 40 000 und Italien 15 000.

Wie Dena-OANS aus Washington meldet, wird das durch die Nazis zerstörte Eigentum der jüdischen Gemeinden in Deutschland auf rund 238 Millionen 700 000 Mark geschätzt. 1 054 Berichte aus 15 000 deutschen Städten, geheime Gestapodokumente und Beweismaterial der Nürnberger Prozesse liegen dem Bericht zugrunde, den die amerikanische Vereinigung zentral-europäischer Juden veröffentlicht. Privater Besitz wurde bei dieser Untersuchung nicht berücksichtigt.

Im Telegrammstil

Washington, 15. Aug. (Dena-INS). In Long Island fand am 13. Aug. die Grundsteinlegung für ein neues, von der Regierung finanziertes Institut für Atomforschung statt (Dena-Reuter).

London, 15. Aug. (Dena-INS). Das britische Oberhaus hat am 13. Aug. die „Crisis-Power-Bill“ der britischen Labourregierung ohne weitere Zusatzanträge endgültig verabschiedet. Wenige Stunden später erlangte sie mit der Zustimmung des Königs Gesetzeskraft (AP).

Edinburgh, 15. Aug. (Dena-INS). Eine Vollversammlung des Weltkomitees der Young Men's Christian Association (Christliche Vereinigung Junger Männer) wird als 12. zentraler Konferenz dieser Art nach dem Krieg in Edinburgh vom 12. bis 21. Aug. abgehalten (AP).

Wien, 15. Aug. (Dena-INS). Ein neuer Bombenanschlag wurde laut INS am 13. Aug. gegen das Büro eines britischen Lagerkommandanten der 134. Brigade in Velden (Kärnten) verübt (Dena).

Wien, 15. Aug. (Dena-INS). Die französischen Militärbehörden Österreichs befahlen am 14. August wegen der in Österreich herrschenden sozialen Kinderkürzung die völlige Schließung der Grenze zwischen der französischen Besatzungszone Österreichs und der französischen Besatzungszone Deutschlands (Dena).

Rom, 15. Aug. (Dena-INS). Das amerikanische Millardengeschwänken an Italien, das die Streichung von Kriegsschulden, Rückgabe von Kriegsgefangenen und die Freigabe eingetragener italienischer Guthaben in den USA umfaßt, hat am Freitag in der sonst politisch so gegenwärtigen italienischen Presse zu einer seltenen Einmütigkeit geführt (AP).

Stuttgart, 15. Aug. (Dena-INS). Das württembergische bayerische Befehlshaberministerium gab die Einführung eines Ausbilderprogramms für



Mr. Joseph L. Dees, der neue Leiter der Free Control für Württemberg-Baden (Dena-Bild)

Brotration künftig 1000 g dank der Getreide-Importe

Stuttgart, 15. Aug. (Eig. Ber. Dr. Hue). Bei der Pressekonferenz im Landwirtschaftsministerium von Württemberg-Baden gab der Leiter der Hauptabteilung für Landwirtschaft, Dr. Franz Herren, einen Bericht über die am 15. Juli durchgeführte Ernteertragsaufnahme, wonach der vorläufige Ernteertrag bei Brotgetreide um 11 000 t höher als im Vorjahr sei.

Anschließend gab Dr. Eisenmann einen Bericht zur Woche. Er begann mit der freudigen Botschaft, daß jetzt in Hamburg und Bremen so viel Getreide-Importe angekommen seien, daß die Brotrationen künftig auf der Höhe von 10 000 g gehalten werden können. Die Kartoffelversorgung sei bis jetzt in den Großstädten zufriedenstellend, aber in Baden habe man noch mehr Schaden durch die Trockenheit erlitten als in Württemberg.

Das Vetorecht der fünf Großmächte

Rio de Janeiro, 15. Aug. (AP). Die Frage des Vetorechts der fünf Großmächte, das ihnen nach den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen zusteht, sei das schwierigste Problem, dem sich die UN gegenübersehe, äußerte der Generalsekretär der UN, Trygve Lie am Freitag in Rio de Janeiro.

Trygve Lie, der die interamerikanische Konferenz eröffnete, fügte hinzu, die Vetofrage sei bereits auf der letzten Vollversammlung der UN erörtert worden und er nehme an, daß sie ebenso auf der nächsten Vollversammlung im September wieder zur Diskussion stehen werde.

Kurz beleuchtet

Wenn England jetzt in der Wirtschaftskrise des Mutterlandes den 400 Millionen Indern die Unabhängigkeit gewährt, bedeutet das nicht etwa „Abwurf politischer Ballasts“. Zwar werden beide Teile Indiens — Indien mit 230 Millionen und Pakistan mit 70 Millionen Menschen — als Dominien vordaher weiter dem britischen Commonwealth angehören. Da aber beide Teile verfassunggebende Versammlungen haben, besteht die Möglichkeit, daß sie sich zu unabhängigen Republiken erklären, und so aus dem Empireverband ausscheiden. Schon jetzt bestehen starke Tendenzen in Indien und Pakistan, die einheimische Industrie zu entwickeln. Damit würden sie als Hauptlieferanten Englands für Jute, Baumwolle, Tee, gewisse Erze und Metalle und als Abnehmer von Maschinen, Öl, Textilwaren und Instrumenten ausfallen. Weiter ist zu beachten, daß das strategische Schwergewicht des Empire grundsätzlich verändert wird; es ist nach gewissen Anzeichen bereits nach Ostafrika verlegt worden. Die Folgen dieser Maßnahme für das englische Weltreich werden weittragend sein, und es bleibt abzuwarten, wie weit die englischen Politiker diese Aufgabe meistern werden. H. B.

